



Freitag, 11. April 2025, 17:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Die Axt am Sozialsystem

Alle sozialen Errungenschaften der Menschen werden zielgerichtet zerstört.

von Felix Feistel
Foto: PRIYA2025/Shutterstock.com

*Rekordkrankenstände, sprunghafter Anstieg des
Pflegebedarfs, Krankenhausreform, Anstieg der*

Beitragssätze der Krankenkassen – das soziale Sicherungssystem gerät an immer mehr Ecken und Enden unter Druck. Der massive ökonomische Einbruch der vergangenen Jahre sowie unsinnige und gefährliche Maßnahmen im Zuge einer nie wirklich existenten Pandemie haben ihren Beitrag dazu geleistet. Die sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Kollaps oder dem bewussten Abbau. Diese Entwicklung ist aber keinesfalls ein Unfall, sondern entspricht den Interessen des Kapitals.

Es ist bereits das sechste Jahr nach der Verkündung einer Pandemie, die es tatsächlich niemals gab. Damals wurden brachiale, gewalttätige Maßnahmen durchgesetzt, angefangen von der Isolation alter Menschen, über die Zwangsmaskerade und Zwangstestung der gesamten Bevölkerung, bis hin zum enormen Zwang, sich die Genspritze verabreichen zu lassen. Diese Maßnahmen wurden mit einer drohenden Überlastung der Krankenhäuser gerechtfertigt, obwohl die tatsächliche Belastung auf ein historisches Minimum gesunken war. Es sollten zunächst „zwei Wochen, um die Kurve abzuflachen“ sein, aus denen dann Jahre des Zwangs und der Isolation für diejenigen Menschen wurden, die sich diesem Wahnsinn gebeugt haben.

Auch wenn eine Überlastung der Krankenhäuser durch sogenannte Coronapatienten nie erkennbar war, könnte man doch erwarten, dass eine Regierung, die sich derart für den Gesundheitsschutz starkmacht, dass sie diesen sogar gegen den Willen der Betroffenen mit Zwang durchsetzen muss, nachhaltige Maßnahmen ergreift, um den Gesundheitssektor zu stärken.

Doch was ist – abseits von dem anfänglichen, staatlich verordneten Applaus für Pflegekräfte – tatsächlich geschehen? Bereits im Oktober 2023, also nur wenige Monate nach dem offiziellen Ende der „Pandemie“, verkündete die Tagesschau **eine Insolvenzwelle bei Krankenhäusern**

(<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/krankenhaus-insolvenz-versorgung-gesundheit-100.html>): 34 Kliniken mussten innerhalb nur eines Jahres Insolvenz anmelden. Bis 2030 könnte ein Viertel aller deutschen Kliniken in die Pleite rutschen.

Für 2024 bezifferte **das Ärzteblatt**

(<https://www.aerzteblatt.de/news/etwas-mehr-als-20-klinikinsolvenzen-in-diesem-jahr-008f18c5-c794-4b18-b7e7-9a35c40c3853>) die Zahl der Klinikinsolvenzen auf „etwas über 20“.

So seien 2024 mindestens 24 Kliniken insolvent geworden, darunter die Klinik Norderney, die einzige Akutklinik der Insel, was die Versorgungslage auf der Insel erheblich verschlechtert. Anfang 2025 verkündete **das ZDF**

(<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/krankenhaeuser-kliniken-krise-insolvenz-drk-dkg-100.html>), dass jede sechste Klinik des Deutschen Roten Kreuzes insolvent sei. Die Lage sei so schlecht wie noch nie zuvor.

Der Gesundheitsministerdarsteller Karl Lauterbach, der zuvor Lobbyist des Klinik Konzerns Rhön war und gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung einen Plan entwickelt hat, die Zahl der Kliniken in Deutschland **von 1.400 auf etwa 600**

(<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/eine-bessere-versorgung-ist-nur-mit-halb-so-vielen-kliniken-moeglich>) massiv zu verringern – und diese dann privat zu betreiben, bevorzugt natürlich durch Rhön –, brachte 2024 eine Krankenhausreform auf den Weg, die seit Anfang dieses Jahres Geltung entfaltet. Die Reform solle angeblich Klinikschließungen vorbeugen, indem die Kliniklandschaft und das Finanzierungssystem umgestaltet würden.

Immerhin wird mit der Reform das unsinnige System der Fallpauschalen abgeschafft. Doch es kommt mit einem weiteren bürokratischen Aufwand daher, und die Kliniken müssen sich vom jeweiligen Bundesland den Leistungsgruppen zuordnen lassen, um dafür wiederum Geld zu erhalten. **Kritisiert wird** (<https://www.verdi.de/themen/gesundheit/++co++7445b5ba-8213-11ee-9886-4fd19630906e>) zudem, dass die Kosten für den Klinikumbau zum Teil den Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen aufgebürdet werden.

Bei diesen steht es aber selbst nicht sehr gut. Denn die Krankenkassen haben mit massiven Finanzierungslücken zu kämpfen und schreiben zu einem großen Teil **rote Zahlen** (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/gesetzliche-krankenkassen-schreiben-2024-tiefrote-zahlen-a-2265859b-2551-439d-b873-fb8817cd9ca8>). Daran änderte Karl Lauterbach bislang wenig. Eine Erhöhung des Zusatzbeitrages – eine ordentliche Erhöhung von **teilweise über 100 Prozent** (<https://www.krankenkassen.de/gesetzliche-krankenkassen/krankenkasse-beitrag/zusatzbeitrag/>) – sowie eine Erhöhung der Beitragssätze dürften keine dauerhafte Lösung darstellen. Denn die Zahl der Erkrankungen steigt seit einigen Jahren verdächtig stark an. So meldeten Krankenkassen und Medien einhellig, dass 2024 ein **neues Rekordjahr bei Krankmeldungen** (<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/2024-war-rekordjahr-bei-krankmeldungen-in-deutschland,UXmECuS>) gewesen sei und damit das **vorherige Rekordjahr 2023 überholt hätte** (<https://www.informationsportal.de/bkk-pfaff/krankenstand-rekord-in-2023/>).

Auch der Bedarf an Pflegeplätzen stieg in den vergangenen Jahren **überraschend stark an** (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/lauterbach-zahl-pflegebeduerftiger-100.html>). Erwartet wird ein weiterer massiver Anstieg in den **kommenden 25 Jahren**

<https://www.deutschlandfunk.de/zahl-der-pflegebeduerftigen-steigt-erheblich-zunahme-der-altersdiskriminierung-100.html>).

Folgerichtig stehen auch die Pflegekassen unter enormem Druck, mit der Folge, dass die erste Kasse bereits im März 2025 mit staatlicher Hilfe **vor der Pleite bewahrt**

<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/ausgleichsfonds-rettet-erstmal-pflegekasse-vor-der-pleite,UeaiMsd>) werden musste. Ab Sommer 2025 sollen sich daher **die Beiträge ebenfalls erhöhen** (<https://www.stern.de/wirtschaft/-pflegeversicherung-muss-teurer-werden---bkk-chefin-schlaegt-alarm-35543830.html>).

Was dabei nicht eingestanden wird, aber offensichtlich ist, ist die Ursache dieses plötzlichen Anstiegs der Krankenstände und Pflegefälle. Denn dass diese so plötzlich und unerwartet seit etwa 2022 stark zunehmen, ist unter anderem auch den Corona-Genspritzen zu verdanken.

Über die dramatischen Effekte bis hin zum Tod dieser Spritzen wurde bereits viel geschrieben. Sie können schwere Krankheiten, wie etwa Turbokrebs, verursachen, das Herz- und Kreislaufsystem schädigen und das Immunsystem durch das Vakzin-assoziierte Immunschwächesyndrom (VAIDS) zerstören. Dieses Syndrom führt dazu, dass Krankheitserreger nicht mehr vom Körper abgewehrt, sondern toleriert werden, sodass es zu mehrfachen und langandauernden Erkrankungen kommt, die den Körper weiter schwächen. Ebenso führen die Spritzen bei vielen Menschen zu dauerhaften Beeinträchtigungen.

Da die Verteilung der an sich schon giftigen Lipid-Nanopartikel, welche die mRNA enthalten, im Körper unvorhersehbar geschieht, variiert auch das Schadensprofil. Doch verbreitete Folgen sind Schlaganfälle, die in schweren Fällen zu dauerhafter Behinderung führen können. Auch neurologische Schäden und Autoimmunkrankheiten sind mögliche Folgen der Spritze. Es ist also

kein Wunder, dass die Anzahl der Pflegefälle stark ansteigt.

Gleichzeitig fehlt es **überall an Pflegekräften**

(<https://www.aerzteblatt.de/news/offene-stellen-in-der-pflege-bleiben-monatelang-unbesetzt-ab1cfb26-1e15-4dae-b632-5735d07e969c>).

Offene Stellen neu zu besetzen, dauert inzwischen im Schnitt ein Dreivierteljahr. Das ist freilich keine neue

Entwicklung. Bereits 2021 wechselte **jeder sechste in der Pflege**

Beschäftigte den Job

(<https://www.springerpflege.de/personalfluktuation-in-deutschen-krankenhaeusern-jeder-sechste-m/23495812>) – was

zum Teil an dem zu geringen Gehalt, zum wahrscheinlich größeren

Teil aber an den immens schlechten Arbeitsbedingungen liegen

dürfte. Die Arbeit wird auf immer weniger Schultern verteilt, was

der Qualität der Versorgung wenig förderlich sein dürfte. An diesem

Problem ändert Karl Lauterbach mit seiner Klinikreform allerdings

nichts.

Wir sehen also nicht nur eine enorme Schädigung der Menschen

durch die Genspritzen und Coronamaßnahmen; auch das Abfedern

dieser Schäden durch eine angemessene Gesundheitsversorgung

wird weiter schleifen gelassen. Damit erleben wir eine bewusste

Zerstörung des Gesundheitssystems durch Funktionäre und

Lobbyisten, die sich als Politiker ausgeben, sowie der Think-Tanks,

die sie indoktrinieren, wie etwa die Bertelsmann Stiftung.

Doch das Gesundheitssystem ist nur ein Teilziel der zielgerichteten Zerstörung. Auch mit anderen sozialen Sicherungssystemen sieht es nicht besser aus.

So setzen die regierenden Parteien bereits bei dem frisch

herbeireformierten Bürgergeld die Axt an. CDU und AfD streben

geringere Bezüge, höhere Sanktionen und einen

grundgesetzwidrigen, allgemeinen **Arbeitszwang**

(<https://www.deutschlandfunk.de/arbeitspflicht-fuer->

[buergergeld-bezieher-wie-umgehen-mit-migration-als-wahlkampf-dlf-c275237e-100.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100627302/n-eue-grundsicherung-statt-buergergeld-haertere-sanktionen-fuer-verweigerer.html)) an. In einigen Kommunen wurde dieser bereits eingeführt. Der Vorsitzende der CDU, Friedrich Merz, möchte das Bürgergeld abschaffen und **eine sogenannte Grundsicherung** (https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100627302/n-eue-grundsicherung-statt-buergergeld-haertere-sanktionen-fuer-verweigerer.html) einführen, die einen vollständigen Leistungsentzug ermöglichen soll – worunter auch die Krankenversicherung fallen würde. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie eine Verringerung der Rentenbezüge sind ebenfalls beliebte Forderungen bei CDU, AfD und FDP, die damit **im Chor mit den sogenannten „Arbeitgebern“** (<https://www.aok.de/pp/gg/update/sozialreformen/>) singen.

Wie man sehen kann, steht das gesamte Sozialsystem der Bundesrepublik unter Beschuss. Die Krankenversicherung und Pflege verschlechtern sich in ihrer ohnehin sehr dürftigen Qualität, die Menschen müssen immer mehr und länger arbeiten und im Zweifelsfall mit immer weniger Geld auskommen, bis hin zur kompletten Streichung der Bezüge. Das alles geschieht in einer mutwillig herbeigeführten Rezession, deren unmittelbarer Auslöser der freiwillige Verzicht auf billiges russisches Gas war – ebenso wie die Lockdowns während des Corona-Betruges. Unternehmen schließen ihre Pforten oder wandern ab, und hinterlassen dabei Arbeitslosigkeit und soziale Verwahrlosung. Seit Jahren rollt eine Pleitewelle durch **Deutschland** (<https://www.springerprofessional.de/krisenmanagement-risikomanagement/deutschland-droht-die-pleitewelle/50662794>), die den **Stand der Finanzkrise von 2008** (<https://www.agrarheute.com/management/finanzen/pleitewelle-finanzkrise-insolvenzen-bedrohen-standort-deutschland-630889>) erreicht hat, die gleichzeitig aber viel einfacher zu beheben wäre – der Kauf günstigen russischen Gases wäre ein erster, aber entscheidender Schritt.

Gleichzeitig **rüstet Deutschland auf** (<https://www.freie-medienakademie.de/medien-plus/welcher-wahlerbetrug>) und strebt an, hunderte Milliarden Euro in die Rüstung zu investieren, um Deutschland bis 2029 kriegstüchtig zu machen – dem Jahr, bis zu dem laut BND-Chef Bruno Kahl der Krieg in der Ukraine **mindestens dauern** (<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/ukrainekrieg-bis-2029-aussagen-von-bnd-chef-sorgen-in-kiew-fuer-empoeerung-li.2305748>) solle. Dann könne das mobilisierte Europa übernehmen, um den Krieg gegen Russland fortzusetzen.

Für einen solchen Krieg bedarf es eines passenden Menschenmaterials. Dieses zu mobilisieren, könnte auch das Ziel der zielgerichteten Zerstörung des Sozialsystems sein.

Als Vorbild könnten hier die USA dienen: Dort ist das Militär vor allem für ärmere Menschen ohne großartige berufliche Zukunftsaussichten oft die letzte Möglichkeit, einem bezahlten Job nachzugehen und dabei sogar ökonomisch und sozial aufzusteigen. Denn die USA verfügen nicht über ein ausgeprägtes Sozialsystem, viele US-Bürger haben nicht einmal eine Krankenversicherung. Das Militär bietet einen gesicherten Arbeitsplatz mit Krankenversicherung sowie die Aussicht auf einen vergleichsweise frühen Renteneintritt **von 62 Lebensjahren** (<https://www.romantikbetrug.com/wann-gehen-us-soldaten-in-rente>) – im Vergleich zum Renteneintritt im zivilen Leben, der zwar theoretisch auch **ab 62 Jahren möglich** (<https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-in-den-usa-senioren-im-berufsleben-selbstverstaendlich-sind>) ist, was sich aber die wenigsten US-Amerikaner leisten können. Wer vor 1960 geboren ist, geht in der Regel mit 65, wer später geboren ist, **eher mit 67 Jahren in Rente** (<https://www.americandream.de/rentenversicherung-in-den-usa/>).

Aufgrund der desolaten sozialen und ökonomischen Lage weiter Bevölkerungsschichten ist das Militär in den USA also das Auffangbecken für die „Abgehängten“, deren Zahl stetig wächst. Und genau das könnte das Ziel auch hierzulande sein.

Auf diese Weise schaufelt man die vielen Menschen, die durchs ökonomische Raster fallen, zum Militär und damit letztlich an die Ostfront – verbunden mit einer Rückkehr zur Wehrpflicht, die CDU und AfD anstreben. Aus dieser Warte betrachtet ergibt die zielgerichtete Zerstörung aller sozialen Sicherungssysteme Sinn; denn Menschen, die an diese gewöhnt sind, werden kaum freiwillig in den Krieg ziehen.

Selbstverständlich spielt auch die Privatisierung, die Durchdringung von Gesundheits- und Pflegesystem mit Kapitalinteressen des transnationalen Kapitals, eine Rolle. Die Pharmaindustrie eignet sich die gesamte Gesundheitsversorgung und die Ausbildung des Personals an, das dann als Antwort auf Krankheiten nur noch die Mittel dieser Pharmaindustrie kennt. Zudem zwingt man die Menschen durch fehlende Sicherungssysteme in schlecht bezahlte Arbeit und unterwirft sie so den Interessen des Kapitals. In der bewussten Zerstörung des deutschen und europäischen Sozialsystems erleben wir daher einen weiteren Ausdruck des Krieges der Reichen und Mächtigen gegen den Rest der Menschen, der direkt in einen **digitalen Feudalismus** (<https://www.manova.news/artikel/der-oligarchenfeudalismus>) führt.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte

Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für **manova.news** (<https://www.manova.news/>), **apolut.net** (<https://apolut.net/>), **multipolar-magazin.de** (<https://multipolar-magazin.de/>) sowie auf seinem eigenen **Telegram-Kanal** (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotheorie und -therapie (IoPT), erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.